

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Petition der Seebrücke ‚Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze‘

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Rat	14.12.2021

Beschluss:

Der Rat folgt dem Beschluss des Integrationsrates und unterstützt die Petition der Seebrücke ‚Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze‘ und bittet Frau Oberbürgermeisterin Reker, sich

- an das Bundesinnenministerium zu wenden und anzubieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Köln aufzunehmen,
- medienwirksam für eine solche Aufnahmepolitik stark machen,
- und gemeinsam mit dem Städtebündnis Sicherer Häfen einen Appell an die Bundesregierung zu richten, um kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen.

Begründung

Der Integrationsrat hatte in seiner Sitzung am 16.11.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Der Integrationsrat unterstützt die Petition der Seebrücke ‚Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze‘¹ und bittet Frau Oberbürgermeisterin Reker und den Rat nachfolgende Forderungen aufzunehmen und zu unterstützen:

- *Wenden Sie sich an das Bundesinnenministerium und bieten Sie an, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Köln freiwillig aufzunehmen: Wir haben Platz!*
- *Machen Sie sich medienwirksam stark für eine solche Aufnahmepolitik.*
- *Verbünden Sie sich mit anderen Sicheren Häfen und üben Sie gemeinsam Druck auf die Bundesregierung aus, kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen.*

Der Rat der Stadt Köln und die Oberbürgermeisterin hatten sich in der Vergangenheit bereits verschiedentlich mit Resolutionen und Appellen an Bund und Land gewandt und eine Bereitschaft zur Aufnahme geflüchteter Menschen erklärt (u.a. im Kontext des Flüchtlingslagers Moria und der jüngsten Situation in Afghanistan).

Die unmenschliche Situation der Flüchtenden an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt einmal mehr, wie wichtig eine gesamteuropäische Geflüchtetenpolitik ist, welche die Stadt Köln schon seit langem einfordert. Menschen in Not werden als Druckmittel politischer Auseinandersetzungen benutzt und wissentlich in diese ausweglose Situation gebracht.

Obwohl das Bundesinnenministerium die Aufnahme der betroffenen Menschen bereits abgelehnt hat, sollte die Stadt Köln ihre grundsätzliche Aufnahmebereitschaft für Menschen in Not im Rahmen des Bündnisses der Städte Sicherer Häfen auch wiederholt offensiv kommunizieren.

Anlagen:

1. Dringlichkeitsantrag der Grün Offenen Liste
2. Beschlussprotokoll des Integrationsrates

¹ Zur Petition der Seebrücke: https://weact.campact.de/petitions/grunes-licht-fur-aufnahme-in-koeln-1?fbclid=IwAR2cFzuF48w_MmraDDIIX1iQcV5UWJCIINCVAZSAQrp_odJV8U65iwXLNCM